

An die
Gemeinde Maishofen
Anton-Faistauer-Platz 7
5751 Maishofen

Eingangstempel

Ansuchen um Baubewilligung

normales Verfahren	gem. § 2 BauPolG
vereinfachtes Verfahren	gem. § 10 BauPolG
Mitteilungsverfahren	gem. § 3a BauPolG

Name des Antragstellers (Vor- und Nachname)	
Bezeichnung der juristischen Person	
Anschrift	
Telefonnummer	
E-Mail	
Beschreibung der baulichen Maßnahme Errichtung einer/s:	Bezeichnung des Bauvorhabens gem. BauPolG (zutreffendes ankreuzen) Neubau Zu- oder Aufbau Umbau Nebenanlage technische Einrichtung Änderung des Verwendungszweckes sonstiges

Ausführungsort der baulichen Maßnahme / Baustelle (Grundstücksnummer, Einlagezahl, Katastralgemeinde, Adresse)	Gst.Nr. EZ KG Adresse
Ansuchen um eine Ausnahme von baurechtlichen Vorschriften (z.B. Raumhöhe, Belichtung, etc.) Abstandsunterschreitung	Beschreibung des Ausnahmeansuchens wie folgt: Ausnahme gem. § 46 BauTG: Ausnahme zur Abstandsunterschreitung zu: GP EZ KG
Bauplatzerklärung Bescheid vom: Zahl:	Bestehend mit Bescheid Bereits anhängig (Ansuchen vom _____._____._____) Hinweis: Zuständige Behörde für die Bauplatzerklärung ist gem. Delegierungsverordnung: Bezirkshauptmannschaft Zell am See, Stadtplatz 1, 5700 Zell am See
Verzeichnis der als Parteien in Betracht kommenden Rechtsträger liegt bei	ja nein
Bauführer (sofern bereits bekannt)	
Verfasser der Unterlagen	
Unterfertigung des Bauansuchens durch den Bewilligungswerber und den Verfasser der Unterlagen, der gegenüber der Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftet. Der Verfasser der Unterlagen bestätigt gleichzeitig, über die gesetzlich erforderlichen Planungsbefugnisse zu verfügen. Gleichzeitig wird gem. § 45 Abs. 2 ROG 2009 durch den Bewilligungswerber bestätigt, dass es sich bei dem Vorhaben um kein Zweitwohnungsvorhaben handelt.	

_____ Ort, Datum	_____ Unterschrift des Bewilligungswerbers
_____ Ort, Datum	_____ Unterschrift des Verfassers der Unterlagen

Erforderliche Beilagen zum Ansuchen

1-fach

- Amtlich beglaubigter Grundbuchsauszug oder Amtsbestätigung, woraus die Eigentümer des Grundstückes ersehen werden können (diese Unterlage darf nicht älter als 3 Monate sein)
- Ein vollständiges Verzeichnis der gem. § 7 BauPolG als Parteien in Betracht kommenden Rechtsträger unter Angabe der Parzellenummer sowie der Namen und Anschriften der Eigentümer der Grundstücke. Die Übereinstimmung des Verzeichnisses mit dem Grundbuchsstand ist vom Bewilligungswerber durch ausdrückliche Erklärung zu bestätigen.
- Ggf. Abschrift der Bauplatzerklärung mit Lageplan
- Soweit eine Zustimmung der Parteien zu einer bewilligungspflichtigen Maßnahme gem. § 7 Abs. 9 BauPolG vorliegt, hat der Bewilligungswerber dies im Ansuchen bekanntzugeben und das nach § 7 Abs. 9 letzter Satz BauPolG festgelegte Formular Z2 (LGBl 53/1997 idgF) anzuschließen.
- Zustimmung zur Abstandsunterschreitung für eine Garage- oder Nebengebäude gem. § 25 (7) BebGG – Formular Z2
- Ggf. weitere in Zusammenhang mit der baulichen Maßnahme aufgrund anderer Rechtsvorschriften erforderliche behördliche Bewilligung (z.B. nach naturschutz- und wasserrechtlichen Bestimmungen) gem. § 4 Abs. 3 BauPolG bzw. die Bestätigung, dass die in Betracht kommenden Verfahren anhängig gemacht worden sind.
- Ggf. weitere Unterlagen gem. § 5 Abs. 6 und 7 BauPolG lt. Vorschreibung durch die Baubehörde

3-fach

Baupläne (gem. § 5 BauPolG)

- Ein auf der Grundlage der erteilten oder beantragten Bauplatzerklärung verfasster Lageplan über den Bauplatz und seine Umgebung, der eine eindeutige Bestimmung der Lage des Baues im Bauplatz, Ausweisung der

Nachbargrundstücke einschließlich deren Bauten, ebenso der öffentlichen Verkehrsfläche in diesem Bereich, Einzeichnung der Stellplätze (für die in der Baubeschreibung errechneten Anzahl an PKW-Stellplätzen);
zusätzliche Eintragungen: Nordrichtung, auf dem Bauplatz bestehende Bauten, alle hierauf bestehenden Hauptversorgungseinrichtung (Wasser, Abwasser, Strom, Fernwärme, Sicherheitsabstände, etc.)

- Grundrisse aller Geschosse mit Angabe des Verwendungszweckes der Räume Maßstab 1:100 (bei Auf-, Um- und Zubauten ist auch der notwendige Altbestand miteinzuzichnen)
- Schnitte, insbesondere die Stiegenschnitte Maßstab 1:100
- Ansichten zur Beurteilung der äußeren Gestalt des Baues mit beabsichtigter Farbgebung Maßstab 1:100
- Darstellung der Sammlung und Entsorgungsart der Dach- und Oberflächenwässer
- Ggf. Darstellung der baulichen Vorsorge für Heizungsanlagen samt Rauchfängen und Rauchfanganschlüssen, allfällige Aufzüge, Lüftungs- und Förderleitungen, Klimaanlage und dgl.
- Brandschutzvorkehrungen
- Die Baupläne müssen auf haltbarem Papier und nach der technisch üblichen Farbgebung erstellt werden und genau kotiert sein.

Baubeschreibung (gem. § 5 Abs. 4 BauPolG)

- Über die technischen Einzelheiten des Baues
- Grundflächen-, Geschossflächen- und Baumassenzahl; Nutz- bzw. Wohnnutzflächen; umbauter Raum;
- Die Angabe der für den baurechtlich gebotenen Mindestwärmeschutz von Bauten maßgebender Energiekennzahl – ZEUS Prüfprotokoll
- Beschreibung des Ansehens
- Bodenverhältnisse

Abfallwirtschaftskonzept

Bei Bauvorhaben mit einer Baumasse von mehr als 5000m³ ist über die Vermeidung und ordnungsgemäße Trennung und Behandlung der bei der Bauausführung anfallenden Abfälle einschließlich der hierfür erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Der Entsorgungsvertrag mit einem befugten Unternehmen im Falle des Abbruchs eines Baus mit mehr als 500m³ umbauter Raum ist der Behörde vorzulegen.

Das **gesamte Einreichprojekt** ist außerdem **1-fach in digitaler Form** (per mail oder anderen geeigneten Mitteln) der Behörde für die digitale Aktenführung zu übermitteln

Die Gebühren werden mit der behördlichen Erledigung vorgeschrieben.